

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 05.09.2007
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Heinz-Josef Tönnies 46359 Heiden

Mitglieder:

Rudolf Geukes	46419 Isselburg	
Ingrid Groth	46399 Bocholt	
Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	
Berthold Langehaneberg	48739 Legden	
Johannes Maus	46342 Velen	Vertretung für Barbara Büscher
Karl-Heinz Pfaffe	48703 Stadtlohn	
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Barbara Seidensticker-Beining	46354 Südlohn	
Wilhelm Stilkenbäumer	48734 Reken	
Christian Stöttelder	46359 Heiden	

beratende Mitglieder:

Olaf Gottschalk	46325 Borken	Ab TOP 3 (17.50 Uhr)
Werner Haßenkamp		
Georg Hollstegge	46325 Borken	
Werner Menke	46342 Velen	
Hans-Josef Overmann		
Marlis Spieker-Kuhmann	46325 Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Norbert Wiemer
Elisabeth Möllenbeck
Elisabeth Büning
Sandra Bußmeier
Markus Büsken
Gabi Bücken
Rita Krümpelmann
Hubert Vornholt

Es fehlen:

Ute Gertz	48683 Ahaus
Ralf Groß	46325 Borken
Benedikt Kemper	46359 Heiden
Marlies Mensing	48619 Heek
Bernd Telgmann	46414 Rhede
Jürgen Terhart	46397 Bocholt
Sebastian Zaremba	46325 Borken

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Bestellung von zwei Schriftführern für den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0082/2007**

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlusssentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Kreisamtsrat Norbert Wiemer wird zum Schriftführer für den Jugendhilfeausschuss bestellt.
2. Kreisamtmann Markus Büsken wird zum Schriftführer für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

**Punkt 2: "Täterarbeit ist Opferschutz" - Bericht des Vereines "Männer gegen Männergewalt e.V." zum Thema Gewaltprävention und Täterarbeit
Vorlage: 0084/2007**

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann

Herr Vornholt erläutert die Konzeption des Anti-Gewalt-Trainings, welches der Fachbereich Jugend und Familie seit 2004 regelmäßig anbietet. Auf der Grundlage des § 10 JGG werde Jugendlichen, die in Bezug auf schwere Körperverletzung auffällig geworden seien, durch richterliche Weisung die Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training auferlegt. Die Wochenendkurse würden vom „Verein Männer gegen Männergewalt Euregio e.V.“ durchgeführt. Im Zeitraum Februar 2004 bis November 2006 seien 10 Kurse mit 80 Jugendlichen durchgeführt worden. Die Gesamtkosten beliefen sich pro Jugendlichen auf rund 350 €, wobei ein Eigenanteil von 50 € von den Jugendlichen selbst getragen werde. Weitere Einzelheiten zum Anti-Gewalt-Training können der Anlage 1 zur Niederschrift entnommen werden.

Auf die Frage von Frau Kerhoff, aus welchen Familienverhältnissen die Jugendlichen kämen, erläutert Herr Vornholt, dass unter den Kursteilnehmern alle gesellschaftlichen Schichten vertreten seien.

Anschließend stellt Herr Bardenhorst vom Verein Männer gegen Männergewalt Euregio e.V. die fachlich inhaltlichen Punkte des Trainingskurses vor. Ein Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in dem Kurs sei die gemeinsame Aufarbeitung der einzelnen Stationen in einem Gewaltzyklus. Der typische Verlauf eines Gewaltkreislaufes aus der Perspektive des Täters ist in der Anlage 2 zur Niederschrift dargestellt.

Herr Huesmann erkundigt sich nach der Wirksamkeit eines Anti-Gewalt-Trainings. Herr Vornholt gibt daraufhin zu bedenken, dass eine direkte Erfolgsquote schwer zu ermitteln sei. Eine für den angesprochenen Zeitraum durchgeführte Abfrage bei den Kolleginnen und Kol-

legen im ASD habe jedoch ergeben, dass 90% der Kursteilnehmer in dem Beobachtungszeitraum nicht mehr wegen Körperverletzung auffällig geworden wären.

Auf die Frage von Herrn Huesmann, ob in den letzten Jahren eine Zunahme von Gewaltdelikten zu verzeichnen sei, antwortet Herr Vornholt, dass einerseits die gestiegene Zahl der Trainingskurse in der Tat ein Indiz für eine höhere Gewaltbereitschaft sein könnte. Andererseits könne der Anstieg der Trainingskurse aber auch darauf zurückzuführen sein, dass die Gerichte stärker von der gesetzlichen Möglichkeit des § 10 JGG Gebrauch machen würden.

Herr Hollstegge bestätigt diese Vermutung. Nach seiner fachlichen Einschätzung als Richter habe sich keine Steigerung bei den jugendlichen Gewaltdelikten ergeben. Hingegen habe sich jedoch die Intensität der ausgeübten Gewalt entschieden erhöht.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich, ob den Gerichten auch Gewalt unter weiblichen Jugendlichen bekannt sei. Herr Hollstegge führt hierzu aus, dass Gewaltdelikte unter weiblichen Jugendlichen eher selten vorkämen. Mangels Masse sei daher nach seiner Kenntnis noch nie ein entsprechender Kurs zustande gekommen. Er könne sich aber vorstellen, bei Bedarf einen Kurs für Mädchen ggfls. jugendamtsübergreifend unter Beteiligung der städtischen Jugendämter im Kreisgebiet durchzuführen.

Herr Overmann greift diese Anregung von Herrn Hollstegge auf. Er wird den Vorschlag in einer der kommenden Dienstbesprechungen mit den Stadtjugendämtern im Kreis diskutieren.

Abschließend stellt Herr Hollstegge die positiven Wirkungen des Projektes heraus und bedankt sich bei den Verantwortlichen für die Zurverfügungstellung dieses Angebotes.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Punkt 3: Bedarfsabfrage für unter 3-jährige Kinder - Sachstandsbericht
Vorlage: 0155/2007

Berichtersteller/in: Norbert Wiemer

Herr Wiemer informiert über den aktuellen Stand der Bedarfsabfrage für unter 3-jährige. Die Folien sind der Niederschrift beigelegt (Anlage 3). Die bisher durchgeführten Ergebnisse hätten ein sehr differenziertes Bild ergeben. Während in einigen Kommunen der Bedarf für eine Betreuung unter der angestrebten Versorgungsquote von 20% für unter 3-jährige liege, sei das Interesse hingegen in anderen Gemeinden mit 35% deutlich höher. Bis Februar 2008 solle die Bedarfsabfrage im gesamten Bezirk des Fachbereiches Jugend und Familie abgeschlossen sein.

Auf Nachfrage von Frau Seidensticker-Beining bestätigt Herr Wiemer, dass die konkreten Bedarfe nach einem Kindergartenplatz bzw. einer Betreuung in Kindertagespflege für unter 3-jährige bisher in jedem Fall auch bei erhöhten Nachfragequoten erfüllt werden konnten.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4: Perspektiven der Jugendsozialarbeit
Vorlage: 0022/2007

Berichtersteller/in: Elisabeth Büning

Frau Büning gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Jugendsozialarbeit im Kreis Borken seit deren Einführung im Jahre 1997. Mittlerweile sei die Jugendsozialarbeit ein fester Bestandteil der Jugendhilfe geworden. Durch das Auslaufen des Projektes AMPEL und des jetzt bewilligten Antrages der „Programmvertiefung II – Lernende Region – Kommunale Kooperation“ sei aktuell eine Neuausrichtung der Jugendsozialarbeit notwendig.

Anschließend berichtet Frau Bücker über die Stellung der Jugendsozialarbeit innerhalb des Gesamtkomplexes der Kinder- und Jugendförderung im Kreis Borken. Wichtige Kooperationspartner seien neben den Schulen und den Schulsozialarbeiter/innen auch die freien Träger der Jugendhilfe.

Frau Krümpelmann unterstreicht in ihren Ausführungen die Notwendigkeit einer Vernetzung sowohl innerhalb der Kreisverwaltung als auch auf Kreisebene. Die Folien sind der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt. Auf Nachfrage von Frau Kerkhoff erläutert Frau Krümpelmann, dass der für die Thematik „Übergang Schule – Beruf“ eingerichtete runde Tisch sich in erster Linie um strategische Fragestellungen kümmern würde. Die für die Kommunen Rhede / Bocholt / Isselburg eingerichtete Clearingstelle unter Trägerschaft der Kreishandwerkerschaft befasse sich hingegen mit konkreten Einzelfällen.

Frau Seidensticker-Beining äußert sich positiv über die verschiedenen Angebote, die Jugendlichen zur Verfügung stehen würden. Insbesondere der Berufswahl-Check im Internet werde von vielen Jugendlichen in Anspruch genommen.

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich in diesem Zusammenhang über Assessments bei Bewerbungsverfahren. Frau Krümpelmann sagt hierzu eine Beantwortung im Protokoll zu. (Ergänzung: Der Aufsatz „Förderassessment – eine neue Methode in der Berufsorientierung“, Zeitschrift für Jugendsozialarbeit, Jugend, Beruf, Gesellschaft, Heft 1/2001, S. 39 ff, ist als Anlage 5 dem Protokoll beigelegt).

Herr Haßenkamp berichtet, dass über das Projekt Ampel in der Vergangenheit vielfach im Schulausschuss berichtet worden sei. Mit Hilfe dieses Projektes seien eine Reihe von positiven Strukturen auch für die Jugendhilfe geschaffen worden. Diese gelte es nun auch nach Auslaufen des Projektes Ampel künftig fortzuführen. Er sehe den Aufgabenbereich Schule / Beruf als eines der künftigen Schlüsselthemen für Jugendhilfe und Schule.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Punkt 5: Bündnis für Familie - Sachstandsbericht
Vorlage: 0154/2007

Berichtersteller/in: Elisabeth Möllenbeck

Frau Möllenbeck gibt einen aktuellen Sachstandsbericht zum neu gegründeten Bündnis für Familie. Bisher seien zwei Projekte initiiert worden. Bei dem unter Federführung des Fachbereiches Jugend und Familie laufenden Projekt des sozialen Frühwarnsystems hätten bislang zwei Sitzungen stattgefunden. Für die Altersgruppe der 0 – 6 Jährigen, bei der die Gefährdungslage sehr groß eingestuft werde, habe sich eine Projektgruppe von mehr als 30 Teilnehmern aus den unterschiedlichsten Bereichen gebildet. So seien in der Projektgruppe Gynäkologen, Seelsorger sowie Beschäftigte der Frühförderstellen, der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen oder der freien Träger der Jugendhilfe vertreten.

Als einer der nächsten Schritte sei eine Tagung zur Kindeswohlgefährdung geplant. Die bisherigen Erfahrungen in diesem Projekt hätten gezeigt, dass es bereits bilaterale Absprachen zwischen den Vertretern der Projektgruppe gebe, der Informationsbedarf untereinander aber nach wie vor sehr hoch sei.

Das Projekt zur Situation von Familien mit behinderten Kindern werde unter Federführung von Frau Pohl, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe, durchgeführt. In diesem Projekt habe man sich zunächst darauf verständigt, eine Kernarbeitsgruppe einzurichten, die für die Festlegung einzelner Themenfelder verantwortlich zeichnet. Je nach Fallgestaltung könne die Arbeitsgruppe punktuell um weitere Mitglieder ergänzt werden. Eine erste Sitzung der Arbeitsgruppe sei für Oktober dieses Jahres geplant.

Frau Kerkhoff zeigt sich beeindruckt über die große Resonanz bei beiden Projekten und bedankt sich bei Frau Möllenbeck für die bislang geleistete Arbeit im Bündnis für Familie.

Vorsitzender Tönnies lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 6: 2. Controllingbericht 2007
Vorlage: 0083/2007

Berichtersteller/in: Hans-J. Overmann
Norbert Wiemer

Herr Wiemer erläutert die Vorlage zum 2. Controllingbericht. Nach dem gegenwärtigen Stand ergebe sich für das Budget 02 ein voraussichtliches Defizit von 1,1 Mio. € netto. Das Defizit setze sich aus einer Reihe von Planabweichungen zusammen. So ergebe sich für den Bereich der Tagespflege ein Mehraufwand von 230.000 €. Dieser Mehraufwand sei jedoch politisch gewollt, da nicht zuletzt aufgrund der verbesserten finanziellen Förderung die Nachfrage nach dieser Hilfe deutlich gestiegen sei. Der Mehraufwand im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Tageseinrichtungen in Höhe von 520.000 € resultiere überwiegend aus der Umstellung auf die kaufmännische Rechnungslegung im Rahmen des NKF. So müsse eine Ausgabe, die erst im kommenden Jahr getätigt werden müsse, bereits in diesem Jahr als Aufwand verbucht werden. Ein weiterer Mehraufwand in Höhe von 200.000 € ergebe sich bei

den ambulanten familienunterstützenden Hilfen, da hier sowohl die Fallzahlen als auch die Kosten je Fall gestiegen seien. Darüber hinaus hätten leichte Fallzahlensteigerungen sowohl bei der Vollzeitpflege als auch bei der Heimerziehung zu Mehraufwendungen von rund 120.000 € geführt.

Herr Wiemer führt aus, dass das erwartete Defizit kurzfristig nicht aus eigenen Kräften ausgeglichen werden könne. Mittelfristig strebe man an, durch eine Umstellung des finanziellen Fördersystems eine Einsparung bei den Kosten für Vollzeitpflege zu realisieren. Darüber hinaus erhoffe sich der Fachbereich weitere Erkenntnisse aus der Teilnahme an einem interkommunalen Leistungsvergleich, in dem es schwerpunktmäßig um die Überprüfung von Standards gehe.

Vorsitzender Tönnes lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichts zum 31.07.2007 zur Kenntnis.

Punkt 7: Bericht zum Entwurf des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)
Vorlage: 0153/2007

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Frau Seidensticker-Beining erkundigt sich im Namen der SPD-Fraktion nach dem aktuellen Stand in Sachen KiBiz.

Herr Wiemer antwortet, dass nach wie vor viele Unklarheiten bestünden. Im März dieses Jahres sei der Referentenentwurf vom Ministerium vorgelegt worden. Aktuell habe es eine Anhörung zum Gesetzentwurf im Landtag gegeben, in der es kontroverse Diskussionen gegeben habe.

Herr Overmann berichtet von einer Sitzung des Landkreistages zu diesem Thema. Im Ergebnis werfe das Gesetz nach wie vor eine Reihe von Fragestellungen auf. Eine Übereinstimmung gebe es in den Grundsatzfragen inhaltlicher Art. Umstritten seien jedoch nach wie vor die Finanzierungsregelungen. Die Sorge der Vertreter der Jugendämter sei, dass die Klärung strittiger Finanzierungsfragen auf die örtlichen Jugendämter verlagert werde.

Herr Tönnes bestätigt, dass der Meinungsbildungsprozess zum KiBiz derzeit im vollen Gange sei. Es sei daher zum jetzigen Zeitpunkt spekulativ, Prognosen abzugeben, in welche Richtung die stritten Finanzierungsfragen gehen würden. Im Ergebnis müsse man daher zunächst die weiteren Gesprächsergebnisse abwarten.

Beschluss: ohne Beschluss

Die SPD - Kreistagsfraktion beantragt zu den nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses, des Kreisausschusses und des Kreistages einen Bericht der Verwaltung über die Auswirkungen des Entwurfes des Kinderbildungsgesetzes.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 8.1: Übertragung des Modellprojekts Anlauf- und Kontaktstellen Schöppingen auf die Gemeinde Legden

Herr Overmann berichtet über die positiven Erfahrungen der Anlauf- und Kontaktstelle in Schöppingen. Die dortigen Erfahrungen sollen nun auf den Sozialraum Legden übertragen werden, da sich in Legden ein entsprechender Bedarf abzeichne. Aktuell gebe es Gespräche mit den schon in Schöppingen tätigen freien Trägern, auch in Legden eine Anlauf- und Kontaktstelle nach dem Vorbild Schöppingen zu errichten. Darüber hinaus habe man bereits Kontakte mit der Gemeinde Legden zwecks anteiliger Finanzierung aufgenommen und sei auf der Suche, ein geeignetes Objekt in Legden anmieten zu können. Ziel sei es, die Anlauf- und Kontaktstelle in Legden spätestens zum 01.01.2008 zu eröffnen.

Der Ausschuss signalisiert Zustimmung zum weiteren Vorgehen.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 8.2: Auflösung der Versorgungsverwaltung

Herr Overmann weist darauf hin, dass im Zuge der Auflösung der Versorgungsverwaltung die Auszahlung des Elterngeldes auf die Kreise übertragen werde. Die Aufgabe werde beim Kreis Borken vom Fachbereich Jugend und Familie im Familienbüro wahrgenommen. Zum 01.01.2008 würden voraussichtlich 4,5 Planstellen vom Versorgungsamt Münster zum Kreis Borken übergehen. Aktuell seien die Vorbereitungen im vollen Gange.

Herr Wiemer ergänzt, dass der Kreis Borken die neue Aufgabe der Bewilligung des Elterngeldes für alle 17 kreisangehörigen Städte und Gemeinden wahrnehmen werde.

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 8.3: Rechte Gewalt

Herr Overmann weist auf einen Punkt aus einer der vorangegangenen Jugendhilfeausschusssitzungen hin, wonach das Thema „rechte Gewalt“ aufgearbeitet werden solle. Er habe daraufhin Kontakt mit der zuständigen Abteilung Staatssicherheit beim Polizeipräsidium Münster aufgenommen. Eine Antwort zur Anfrage stehe jedoch noch aus.

Beschluss: Ohne Beschluss

Punkt 8.4: Wettbewerb "Kulturen verstehen, Toleranz lernen, teamfähig sein"

Herr Tönnes weist auf den Wettbewerb hin. Im Rahmen dieses Wettbewerbes solle am 18.10.2007 eine Prämierung stattfinden. Hierfür solle eine Jury gebildet werden. Er bittet daher die Fraktionen, Mitglieder für die Besetzung der Jury zu benennen. Die Fraktionen entsenden folgende Mitglieder:

Für die CDU	Frau Kerkhoff
Für die SPD	Frau Röhrmann
Für die FDP	Herr Stöttelder
Für die Grünen	Frau Spieker-Kuhmann

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 9: Anfragen

**Punkt 9.1: Kindergärten, Sprachförderung, Elterngeld
Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.08.2007
Vorlage: 0146/2007**

Berichtersteller/in: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Zu den Themenfeldern Kindergärten, Sprachförderung und Elterngeld hat die SPD eine Anfrage vorgelegt. Die Fragen wurden durch die Verwaltung ausführlich schriftlich beantwortet und den Ausschussmitgliedern zur Sitzung als Tischvorlage ausgehändigt. Die Antwort des Fachbereiches Jugend und Familie ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

In Ergänzung zur Frage 3 erkundigt sich Frau Seidensticker-Beining, ob es mehrere Familienzentren in einer Kommune gebe. Herr Overmann berichtet, dass die Kindergärten innerhalb einer Kommune sich bislang im Verbundsystem beworben hätten. Für den Fall, dass es künftig mehrere Familienzentren innerhalb einer Kommune geben würde, seien Absprachen hinsichtlich der konzeptionellen Ausrichtung der Familienzentren zwischen den jeweiligen Trägern erforderlich.

Auf die Frage von Frau Seidensticker-Beining, ob ein Einblick in die Konzepte möglich sei, antwortet Herr Overmann, dass die Familienzentren in Isselburg und Ramsdorf bereits zertifiziert seien. Die Konzepte seien öffentlich und könnten daher der Niederschrift als Anlage beigelegt werden (siehe Anlage 7).

Beschluss: ohne Beschluss

Punkt 9.2: Anfrage zum Elternbrief

Frau Kerkhoff erkundigt sich, ob es bereits Reaktionen auf den erstmals durchgeführten Versand des Elternbriefes gegeben habe. Ihrer Meinung nach könne der Elternbrief sowohl sprachlich als auch vom Layout noch positiver gestaltet werden.

Herr Overmann führt hierzu aus, dass der Fachbereich Jugend und Familie bislang noch keine Resonanz auf den Elternbrief erhalten habe. Er wolle jedoch in Kürze hierzu Erkundigungen einholen. Etwaige Kritikpunkte zum Elternbrief wolle er nach Berlin weiterleiten.

Herr Tönnies ergänzt, dass mit dem Elternbrief die Problemfamilien wohl eher nicht angesprochen werden könnten. Seiner Ansicht nach sei daher nach wie vor die aufsuchende Jugendhilfearbeit notwendig.

Beschluss: ohne Beschluss

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 11: Anfragen

keine

Vorsitzender Heinz-Josef Tönnies schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Heinz-Josef Tönnies

Markus Büsken